

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag den 4. Juli 1879.

73. Jahrgang.

Er erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Abonnementspreis viertelj. 4 1/2 M., incl. Frachtporto 5 M., durch die Post bezogen 6 M.

No 185.

Bekanntmachung.

Gente And Herr Friedrich Wilhelm Ruhl, Saintraße Nr. 7 parterre wohnhaft, David Ferdinand August Emil Schäferlein, Reichstraße Nr. 40, I. wohnhaft, Johann August Heberade, genannt Schulze, Große Fleischergasse Nr. 6 parterre wohnhaft.

Bekanntmachung.

Für die Stadtwasserleitung soll ein Rohrenprobir-Apparat angeschafft und zur Lieferung desselben der Weg der Concurrenz gewählt werden. Diejenigen Herren Fabrikanten, welche sich mit der Herstellung solcher Apparate befassen und sich bei der Concurrenz betheiligen wollen, werden ersucht, auf dem Bureau der Stadtwasserleitung die ausliegenden Lieferungsbedingungen einzusehen und ihre Gebote versegelt und mit der Aufschrift „Rohrenprobir-Apparat“ bis den 21. Juli d. J. Nachmittags 5 Uhr in dem vorgenannten Bureau abzugeben.

Vermietung.

Die jetzige an Herrn Fr. B. Schilde als Geschäftslocal vermietete, aus 5 Zimmern, 6 Kammern, 7 sonstigen Räumen und Zubehör bestehende 1. Etage nebst 2 Niederlagen im Hofe der der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Häuser, Reichstraße Nr. 50 und Salzstraße Nr. 2 (Eingang von der Reichstraße aus), soll vom 1. October d. J. an gegen halbjährliche Kündigung an den Reichsritenenden anderweit vermiehet werden und beraumen wir hierzu einen Versteigerungstermin an Rathshaus auf Montag, den 7. Juli d. J. Vormittags 11 Uhr, an, in welchem Miethsuchende sich einfinden und ihre Gebote auf die auszubietenden Miethlocalitäten thun wollen.

Bekanntmachung.

Die von uns für die Erbauung einer Beerdigungs- und zweier Leichenhallen auf dem nördlichen Friedhofe zur Submmission ausgeschriebenen Erd- und Maurerarbeiten, sowie Steinmetz- und Schieferbedeckarbeiten sind vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen. Leipzig, den 1. Juli 1879.

Der Rücktritt der drei Minister.

Es wird bestimmt berichtet, daß Dr. Falk nach seinem Ausscheiden aus der Stellung als Cultusminister, welches sich freilich noch bis zum Schluß der Reichstagsession, vielleicht auch noch etwas länger hinzuziehen wird, kein anderes Amt im Staatsdienst, besonders nicht das, welches jetzt Dr. Leohardt bekleidet, annehmen, sondern vielmehr als Privatmann der Ruhe pflegen werde. Und diese Ruhe wird ihm Jeiter, wenigstens für einige Jahre, dienen, der da hat beobachten können, welche Arbeit seit dem Jahre 1872 auf des Ministers Schultern gelegen hat und wie sehr seine Spannkraft während dieser Zeit auf die Probe gestellt worden ist.

Daß der Compromißvorschlag des Herrn v. Frankenstein demjenigen des Herrn v. Bennigsen vorgezogen worden ist, hat in liberalen Kreisen eher beruhigend als erschreckend gewirkt, ungeachtet der verhängnißvollen Folgen, die sich im Schooße des preussischen Ministeriums daran zu knüpfen drohen. Diese bedeuten allerdings die völlige Zerstückelung der Regierung; aber der entgegengesetzte Ausgang der Verhandlungen wäre mitten durch den Leib der Partei gefahren, und dagegen sträubt sich unwillkürlich jeder noch nicht ganz tote Organismus. Die „Nat.-Lib. Corr.“ bemerkt dazu: Wenn es ohne Einbruch an Grundwänden, Würde und Selbstachtung, ohne Opferung der Ehre des Liberalismus geschehen kann, werden die meisten activen Liberalen wohl vorziehen, daß die Partei zusammenbleibe, vereinzelter Abfälle vom äußersten Flügel unbeschadet.

Steuerpläne beizugehen; es war eine arge Täuschung, den Schlag zu ziehen, daß, weil Herr von Bismarck diesen Auftrag annahm, er für den Reichsgedanken genommen sei. Herr von Bismarck kann sich rühmen, unverändert derselbe geblieben zu sein, der er gewesen ist. Ein kluger Mann, mit Kenntnissen ausgereift gerade in solchen Dingen, wo dem Reichskanzler die eigenen Erfahrungen versagen, hat er seine Zwecke gefördert, während er sich den Anzeichen rückhaltlos auf die Ideen des Fürsten Bismarck einzulassen. Durch die Gründung der Vereinigung der 204 hat er zuerst durchgeführt, was vor ihm so oft wünschungen war: er hat einen Keil in die national-liberale Partei getrieben. Dann hat er es seine Sorge sein lassen, den Reichskanzler immer mehr von der national-liberalen Partei abzuverdrängen. Und als er Herr der Lage geworden war, hat er die Pläne des Reichskanzlers, die ursprünglich nur aus einem hohen Betrag der reichs-jenen Einnahmen hinauszugehen, mit immer mehr Ideen von seiner Erfindung bepackt. In der Stimmung, in welche sich Fürst Bismarck jetzt begeben wird, er immer weiter und weiter fortgerissen werden. Eine Verletzung des Ministeriums in seinem gegenwärtigen Bestande war daher die ganz selbstverständliche Folge der neuen Verbindung. Ohne Zweifel gehen wir sehr schweren und ernsten Krisen entgegen; wohl aber läßt sich in Kurzem Jener, der nicht selbst zu der conservativ-liberalen Coalition überzugehen entschlossen ist, aller schönfärblichen Versuche entbehren müssen, bis ein „gleichartiges Ministerium“ für das die Kreuzzeitung spricht, feste Gestalt gewinnt und der Allgemeinheit ohne Weiteres die Augen öffnet.

(Deutsche Reichspartei) mit 5630 Stimmen wieder gewählt. Wie aus München telegraphisch gemeldet wird, hat das Generalauditorat die Nichtigkeitsbeschwerde des vom Würzburger Militärgericht (wegen militärischen Verbrechens des Mißbrauches der Dienstgewalt in 66 Fällen zu 2 Jahren Festungshaft und zur Dienstentlassung) verurtheilten Secondlieutenants Frehrn. Rudolf Schenk v. Seyern in allen Punkten verworfen. Der bereits gestern telegraphisch gemeldete Ausbruch des österreichischen Wahlkampfes vom Montag hat zwar den verfassungstreuen Liberalen nicht unerhebliche Verluste gebracht, was ihnen aber immerhin nicht so verhängnißvoll, wie man auf ihrer Seite vielfach fürchtete; ja, liberale Organe, die gerade hauptsächlich in letzter Zeit schwarzsehend und besorgt in die Zukunft blickten, erkennen sogar an, daß man mit dem Resultat der Montagwahlen verhältnißmäßig noch zufrieden sein kann, daß sie auch ihre guten Momente aufweisen. Am ungünstigsten stellen sich die Wahlergebnisse für die liberale Partei in Krain und Galizien. In den Städtebezirken des ersten Kronlandes hat die Verfassungspartei alle drei bisher innegehabten Sitze verloren, und da auch in den Landgemeinden lauter Slovenen durchgedrungen sind, so schied jetzt Krain 10 Slovenen in den Reichsrath, während man aus Krain im vorigen Reichsrathe fünf liberale deutsche Vertreter zählte. Daß in Galizien die Polen die Ruthenen fast ganz verdrängt haben, ist insofern auch auf das Verlustkonto der liberalen Partei zu setzen, als die Ruthenen im Abgeordnetensaale in vielen Fragen mit den liberalen Fractionen gestimmt haben. — Die Regierung ihrerseits steht fort und fort aufmerkfam beobachtend, aber nirgends activ eingreifend, beiseite. Sie hält streng an dem Grundsatze fest, der sie jede Beeinflussung der Wahlen abweisen ließ, und ist der Ansicht, daß es die Sache des Parlaments und nur des Parlaments sei, Parteien und Mehrheiten zu bilden, und daß diese Bildung nur naturgemäß sich glücklich vollziehen könne. In Rom ist man gespannt auf die Lösung der durch das Votum des Senats äusserst verwidelt gewordenen Frage der Aufhebung des Wahlsteuergesetzes. Die Frage ist darum so verwidelt, weil mit ganzem Verzeu sich die völlige Aufhebung der Wahlsteuer im Parlamente nicht eigentlich nur eine geringe Minderheit zu begeistern vermag. Depretis selbst machte mit seiner Zustimmung zur völligen Aufhebung der Wahlsteuer nur eine Concession an die Fraction Cairoli's, deren Unterstützung er dadurch erlangte. Zugeständnisse an die öffentliche Meinung, die sich wenig um den Erfolg des Ausfalles kümmern, müssen aber trotzdem gemacht werden, denn keine Steuer ist in ganz Italien, schon um ihrer geschichtlichen Entstehung willen, so verhaßt, wie die Wahlsteuer. Der Vermittlungs-vorschlag, der zunächst für die Deputirtenkammer mit Zustimmung des Ministerpräsidenten gemacht worden ist, ist der, daß die Wahlsteuer auf geringe Meßel vom 1. September 1879 an aufgehoben, die ganze Gemeindesteuer vom 1. Januar 1880 ab um ein Viertel vermindert und die ganze Wahlsteuer vom Jahre 1884 an abgeschafft wird. Mit der Abschaffung der Steuer auf das geringere Getreide würde sich der Norden schon zufrieden geben, weil dort fast ausschließlich nur die geringeren Sorten geerntet werden; anders der Süden, wo die Steuer entstanden und daher um so verhaßter ist. Der Vermittlungs-vorschlag sucht daher auch dem Süden leidlich gerecht zu werden. Die jüngsten Nachrichten, welche aus Frankreich über das Verhalten der verschiedenen bona-partistischen Gruppen eingetroffen sind, läßt

Politische Uebersicht.

Zur Ministerkrisis erfahren wir aus guter Quelle, daß die Genehmigung des Rücktritts bei den drei Ministern außer Zweifel steht, daß jedoch wenigstens der Minister Falk sein Amt erst nach Schluß der Reichstagsession niederlegen wird. Den zahlreichen Namen gegenüber, welche für die eilrigsten Ministerposten genannt werden, ist große Zurückhaltung angebracht. Mehrere der von den Blättern genannten angeblichen Ministercandidaten können notorisch gar nicht in Frage kommen und es ist mit ihnen nie unterhandelt worden. Vermuthlich die Einigung zwischen den Conservativen und dem Centrum noch nicht erzielt worden, zeigte sich in den negativen Ergebnissen der Ritterwählung der Tarifcommission.

Die Conservativen sind, wie wir schon mehrfach bemerkt haben, nicht ohne Grund von der Reichspartei als „Bismarck-Partei“ bezeichnet worden. Die Partei hat keine Trennungen mehr vertragen. Es war eine böse Stunde, in welcher Fürst Bismarck den Entschluß faßte, sich den Herrn von Bismarck als Gehäusen zur Durchführung seiner

Die Verwirklichung des Planes, das monumentale Parlamentsgebäude auf dem Platze zu errichten, den gegenwärtig das Palais Raychnski einnimmt, stößt an einem Punkte auf Schwierigkeiten, wo man solche kaum erwartet zu haben scheint. Der gedachte Plan schloß eine Veränderung des Laufes der das Grundstück begrenzenden Sommerstraße in sich, zu welcher der Berliner Magistrat nur dann seine Zustimmung ertheilen wollte, wenn er die Garantie erhielt, daß die schon jetzt durch eine starke Biegung dem Verkehr Schwierigkeiten bietende Straße keine neue Einkerbung erfuere. Es ließe sich Das erreichen, wenn das Reich die beabsichtigten Grundstücke überweisen an jener Stelle noch ausdehnte und so Platz für eine Regelung des Straßenlaufes schaffe. Darauf hat denn der Reichskanzler durch den Minister des Innern dem Magistrat erwidern lassen, daß dann die ganze Geschichte zu theuer werden würde. Die städtische Verwaltung hat nun noch ein Zugeständnis machen zu müssen geglaubt und zugegeben, daß die Breite der Straße 10 Meter weniger betragen dürfte, als anfänglich gefordert war, um dadurch dem Reiche die Möglichkeit zu gewähren, die anzulassenden Grundstücke besser zu verwerten. Allein Fürst Bismarck bleibt auch Dem gegenüber dabei, daß ihm der Handel zu theuer sei, und so ist es nicht unmöglich, wie schon der Minister des Innern in seinem Schreiben an den Magistrat warnend hervorhob, daß durch diese Differenz das ganze Project in Frage gestellt wird. In Vottdam starb am Montag der Geh. Oberrechnungs-rath Borst, von 1859 unangetroffen bis 1868 Landtagsabgeordneter für Frankfurt a. O. und als solcher nachher Mitglied der Fractionen: von Vinde, Rechte (unter Grabow), Freie parlamentarische Vereinigung, Linkes Centrum und Nationalliberale. Bei der im 8. Frankfurter Wahlkreise stattgehabten anderweitigen Wahl eines Reichstagsabgeordneten wurde der Rittergutsbesitzer Schön

Die jüngsten Nachrichten, welche aus Frankreich über das Verhalten der verschiedenen bona-partistischen Gruppen eingetroffen sind, läßt

Marginal notes on the left side of the page, including numbers and names like '104,75', '105', '106', etc.

Marginal notes on the right side of the page, including numbers and names like '107,10 P.', '108', etc.